

Schröder vor der Wahl: „Steuererhöhungen ziehen wir nicht in Betracht.“



www.Wahl-Betrug.de

Besser für die Menschen.

CDU

Rot-Grün ist moralisch und politisch am **Ende**

„Kaum zwei Monate nach der Wahl taumelt Deutschland führungslos mit einer Regierung von Dilettanten in eine Katastrophe.“

Aus diesem Grund werde die Union in den kommenden Wochen jedes zur Verfügung stehende Mittel nutzen, um die rot-grüne Regierung

zur Umkehr ihrer katastrophalen Politik zu bewegen, kündigte Generalsekretär Laurenz Meyer bei der Vorstellung der „Wahlbetrug“-Kampagne an.

Die Union werde alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel zu nutzen wissen, damit *Fortsetzung Seite 2*

INHALT

LAURENZ MEYER:

Grundlage für das Handeln der CDU ist das christliche Menschenbild
SEITE 5-7

DOKUMENTATION

Beschluss des 16. Parteitags: Änderung der Finanz- und Beitragsordnung

■ Angela Merkel: Man glaubt dieser Bundesregierung kein Wort mehr (Seite 3–4) ■ CDU in Niedersachsen: Michael Buback ins Wahlkampfteam berufen (Seite 4) ■ Angela Merkel: Die Zukunft Europas gehört den politischen Ideen von UMP und CDU (Seite 8–10) ■ Analyse: Die Online-Kampagne 2002 der CDU (Seite 10–12) ■ Frankfurter Erklärung: Rot-grüne Gesetzesentwürfe schaffen keine neuen Arbeitsplätze – Rahmenbedingungen für mehr Wachstum setzen (Seite 14–16) ■ Dietrich Austermann: Schröder und Eichel wurschteln weiter (Seite 17) ■ Karl-Josef Laumann: Bridge-System fördert Arbeitsplatzabbau (Seite 17–18) ■ Martina Krogmann: Rundfunkgebühren ausschließlich für programmbezogene Internetauftritte (Seite 18–19) ■ Christian Schmidt: Eigenständiger europäischer Sicherheitspolitik droht Insolvenz (Seite 19)

LAURENZ MEYER:

Wir werden **Wahlbetrug** nicht durchgehen lassen

Fortsetzung von Seite 1

Deutschland international nicht noch mehr beschädigt werde und national in eine noch größere Katastrophe steuere.

Laurenz Meyer: „Wir brauchen Entbürokratisierung, mehr Flexibilität am Arbeitsmarkt und eine spürbare Steuerentlastung. Nur, wenn wir es schaffen, dass wieder mehr Menschen einen Arbeitsplatz finden und die Bürger wieder mehr Geld in der Tasche haben, werden wir die Probleme in den Griff bekommen.“

Die Pläne von Rot-Grün würden jedoch in die völlig falsche Richtung gehen und dazu führen, dass noch mehr Menschen ihren Job verlieren. „Die rot-grüne Regierung ist ohne jegliches Konzept und schädigt gleichzeitig zielgerichtet die Wirtschaft und die Menschen.“

Die Gleichgültigkeit und Teilnahmslosigkeit, mit der der Bundeskanzler vorgehe, sei eine Ohrfeige für die Arbeitslosen und ihre Familien. Müssten erst fünf Millionen Menschen auf der Straße stehen, bevor die Regierung sich bewegt, fragte Laurenz Meyer. Nach dem Wahlbetrug sollen die Menschen jetzt für dumm verkauft werden, in dem ihnen die Steuererhöhungen als Sparpaket angepriesen würden.

Die Union werde Rot-Grün diesen dreisten Wahlbetrug nicht durchgehen lassen. Spätestens am 2. Februar, bei den Landtagswahlen in Niedersachsen und Hessen, werde Rot-Grün die Quittung bekommen. Anlässlich des Beschlusses des Bundeskabinetts, die Steuern und Abgaben zu erhöhen, starte die Union deshalb eine neue Kampagne und die Aktions-Website

www.Wahl-Betrug.de

IMPRESSUM



UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhofstr. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333. Vertrieb: Tel. (02226) 802-123, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Profitlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

ANGELA MERKEL:

Man glaubt dieser Bundesregierung kein Wort mehr

Die CDU beabsichtigt, einen Untersuchungsausschuss „Wahlbetrug“ einzusetzen. Dies kündigte die Parteivorsitzende der CDU, Angela Merkel, nach einer Sitzung des Bundesvorstands an.

Der Ausschuss solle in der nächsten Sitzungswoche des Bundestags, Anfang Dezember, eingesetzt werden, sagte Angela Merkel. Auftrag des Gremiums müsse sein, zu untersuchen, was die Bundesregierung vor der Wahl tatsächlich über die Haushaltslöcher und die dramatische Lage der sozialen Sicherungssysteme wusste. Außerdem müsse der Ausschuss aufklären, ob ein Wahlkampf ungestraft auf einer falschen Grundlage geführt werden dürfe, forderte die Parteivorsitzende.



nanzdaten vor der Wahl eingereicht, berichtete Angela Merkel. Nach der Beantwortung werde die Fraktion weitere Schritte prüfen. Falls die Antworten der Regierung nicht zufriedenstellend ausfielen, sei die Beantragung eines Untersuchungsausschusses ein nächster notwendiger Schritt, machte Angela Merkel deutlich.

Man sei sich in den Spitzengremien der Partei einig, dass man aus den Äußerungen zweier Spitzenpolitiker aus dem rot-grünen Lager schließen müsse, dass die Bundesregierung bereits vor

der Bundestagswahl am 22. September von der „miserablen Haushaltslage“ Kenntnis hatte. Dies sei eindeutig ein „Wahlbetrug“.

Rot-grüne Wahrheiten

Merkel wies auf die Äußerungen des früheren Grünen-Haushaltsexperten Oswald Metzger, der vergangene Woche gesagt hatte, die Bundesregierung habe schon vor der Wahl von dem Einbruch bei den Steuereinnahmen gewusst, dies aber bewusst verschwiegen. Unmittelbar nach der Bundestagswahl hatte bereits Niedersachsens SPD-Ministerpräsident Sigmar Gabriel auf einer Pressekonferenz verlauten lassen: ...die Wahrheit vor der Wahl – „das hätten Sie wohl gerne gehabt.“

Die von Finanzminister Hans Eichel angekündigte Er-

Regierung hat Finanzchaos bewußt verschwiegen

In der Sitzungswoche zuvor hätten bereits mehrere Bundestagsabgeordnete der CDU/CSU-Fraktion schriftliche Fragen an die Regierung zum Umgang mit Fi-

Oswald Metzger (B 90/Grüne): „An dieser Ehrlichkeit in der Finanzpolitik hat es auch meine eigene Regierung absolut fehlen lassen. Und dann im Nachgang so zu tun, als ob praktisch innerhalb einer Wahnacht plötzlich ein desaströses Finanzloch im Bundeshaushalt sich auftäte, das glaubt doch niemand.“ (ZDF, Frontal 21 am 12. 11. 2002)

höhung der Neuverschuldung auf 18,9 Milliarden Euro halte die CDU noch immer nicht für das letzte Wort, berichtete die Parteivorsitzende. Diese Summe sei „schon wieder Makulatur“, weil die Bundesregierung keine Impulse in Richtung Wachstum setze. „Es ist erkennbar, dass der Karren weiter in die falsche Richtung fährt“.

Steuererhöhungen

Mit Blick auf die geplante Pauschalsteuer für Veräußerungsgewinne aus Aktien- und Immobilienverkäufen sagte Merkel: „Wir lehnen diese wie alle anderen Steuererhöhungen ab.“ In der derzeitigen Situation sei jede Steuererhöhung Gift für die Konjunktur. Das hätten auch die Sachverständigen erklärt. Im Übrigen seien von den Regierungsplänen immer diejenigen betroffen, die Vorsorge für ihren Lebensabend trafen. Der Regierung fehle ein Gesamtkonzept.

Hilflosigkeit der Koalition

Von Tag zu Tag sei eine zunehmende Hilflosigkeit der rot-grünen Koalition im Kampf gegen die eigene Erblast zu spüren. Nach dem Wahlbetrug sollen die Men-

Michael Buback ins CDU-Wahlkampfteam berufen

Der niedersächsische CDU-Landesvorsitzende Christian Wulff hat den Göttinger Chemieprofessor Michael Buback in sein Wahlkampfteam berufen.

Der Sohn des 1977 ermordeten Generalbundesanwalts Siegfried Buback solle nach einem CDU-Sieg bei der Wahl in Niedersachsen am 2. Februar als parteiloser Wissenschaftsminister „der Hochschule in der Politik und der Politik in der Hochschule Stimme verleihen“, sagte Christian Wulff bei der Vorstellung in Hannover. Michael Buback selbst kündigte „neue Formen der Kooperation von Wissenschaft und Industrie“ an. Der parteilose Chemiker lehrt seit 1981 als Professor in Göttingen, ist dort Mitglied der Akademie der Wissenschaften und Fachgutachter der Deutschen Forschungsgemein-



schaft. Als CDU-Landesminister wäre er auch für Kultur zuständig. Seine Hochschulpolitik müsse er noch mit der CDU-Landtagsfraktion abstimmen, sagte der 57-Jährige. Es bedürfe „der ständigen Optimierung der komplexen Randbedingungen von Forschung und Wissenschaft“. Die Universitäten müssten breite Ausbildung auf hohem Niveau garantieren.

[http://](http://www.cdu-niedersachsen.de)

Weitere Informationen zum Landtagswahlkampf: www.cdu-niedersachsen.de

schen jetzt für dumm verkauft werden, indem ihnen die rot-grünen Steuer- und Abgabenerhöhungen als Sparpaket angepriesen wer-

den. Angela Merkel: „Man glaubt dieser Bundesregierung kein Wort mehr. (...) Zielloos wird an allen Schrauben gedreht.“ **UD**

GENERALSEKRETÄR LAURENZ MEYER:

Grundlage für das Handeln der CDU ist das christliche Menschenbild

Sowohl die schwierige wirtschaftliche Lage mit möglicherweise 4,5 Millionen Arbeitslosen in diesem Winter als auch die Bedrohung von Außen seit dem 11. September 2001 durch eine „neue Form des Krieges“ hat der Spaßgesellschaft ein Ende gesetzt und Nachdenken über Werte und Religion ausgelöst. Wie Politiker auf diese Entwicklung Einfluss nehmen können – auf diese Frage hat am 13. November in Berlin Generalsekretär Laurenz Meyer in einer Rede vor dem Fachverband Konfessionelle Presse geantwortet:

Es ist viel leichter, Vertrauen zu zerstören als zu gewinnen. Was jetzt gerade Rot-Grün veranstaltet, unterstreicht das. Als Beispiele nur wenige Zitate:

■ „Steuererhöhungen sind in der jetzigen konjunkturellen Situation ökonomisch unsinnig und deswegen ziehen wir sie auch nicht in Betracht.“ Gerhard Schröder in der ARD am 26. Juli.

■ „Wir halten die Rentenbeiträge langfristig stabil.“ Gerhard Schröder in der



„Frankfurter Rundschau“ am 18. Juni.

■ „Ich bin sicher, wir kriegen keinen blauen Brief aus Brüssel.“ Hans Eichel am 17. September, fünf Tage vor der Wahl.

Die Menschen stellen fest: Ihr Vertrauen wurde gebrochen. Und die Bürger nehmen sich diejenigen, die an der Spitze ihres Staates stehen zum Vorbild. Ihre Überlegung ist einfach: Man muss so handeln, wie die, die es bis ganz nach oben geschafft haben. So hat man in der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland Erfolg.

Fazit also: Die Politik kann kaum noch Werte vermitteln, weil sie im Moment kaum eine Vorbildfunktion einnimmt. Diese – ich nenne es mal moralische Macht – hat sie zur Zeit nicht. Ist die Politik aber deshalb in Be-

zug auf Wertevermittlung völlig machtlos? Ist sie allen Trends völlig ausgeliefert? Nein, natürlich nicht. Denn sie behält ihre gestalterische, politische Macht.

Sie hat immer noch indirekt Einfluss auf die Wertevermittlung. Sie kann beispielsweise Institutionen stärken, die Werte vermitteln, und auf diese Weise die Rahmenbedingungen für Wertevermittlung verbessern: Kirchen, Schulen, aber auch Familien und Medien.

Ganz konkret heißt das, dass die Politik ganz bewusst entscheiden kann, ob sie an der Kirchensteuer festhält, ob sie das Ehegattensplitting und auch die Eigenheimzulage beibehalten will.

Ein extrem wichtiges Betätigungsfeld liegt für die Politik im Bereich der Bildung. „Bildung ist das Megathema der Zukunft“ – so formulierte es einst Roman Herzog.

Aber nicht nur Bildung und Wertevermittlung brauchen höhere Anerkennung, sondern auch diejenigen, die sie vermitteln. Es ist in den letzten Jahren Mode geworden, auf Lehrer zu schimpfen. Das Ergebnis ist, dass wir in-

zwischen zu wenige Lehrer haben. Den Lehrern vertrauen wir das Wichtigste an, was wir haben: unsere Kinder, unsere Jugend, die Zukunft unseres Landes. Ihnen gebührt Anerkennung und Unterstützung bei ihrer wichtigen Arbeit, die weit über die Lehrpläne hinausgeht.



Das Koordinatensystem der CDU

Grundlage für das Handeln der CDU ist das christliche Verständnis vom Menschen und sind unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Aus diesen Werten leiten wir unser Leitbild einer freien, solidarischen und gerechten Gesellschaft ab – einer Gesellschaft in der der Einzelne Verantwortung für sich, den Nächsten und das Ganze übernimmt.

Unser Verständnis vom Menschen bestimmt auch, wie wir das gegenseitige Verhältnis zwischen einzelnen Bürgern und dem Gemeinwesen ausgestalten wollen. Dem Einzelnen wollen wir Eigenverantwortung nicht zumuten, sondern zutrauen. Zugleich muss Verlass darauf sein, dass einen die Solidargemeinschaft auffängt, wo man sich selbst nicht helfen kann. Ge-

lebte Subsidiarität und erlebbare Solidarität machen den Sozialstaat des 21. Jahrhunderts aus.

Gerechtigkeit und Solidarität sollen nicht nur zwischen einzelnen Menschen und gesellschaftlichen Gruppen, sondern auch global zwischen Ländern und Kontinenten geübt werden. Nach unserem Verständnis ist nachhaltige Entwicklung kein starres Programm, sondern ein Prinzip, an dem sich alle Politikbereiche orientieren.

Die CDU wird angetrieben durch die Liebe zu unserem Land. Dazu bekennen wir uns und schämen uns auch nicht, dass offen und überall zu sagen.

Unser Menschenbild, unsere Grundwerte und unsere Motivation – damit habe ich Ihnen das Koordinatensystem der CDU beschrieben.

Wir glauben also an die gestalterische Macht, die Rahmenbedingungen für die Vermittlung von Werten zu verbessern. Es müssen aber Wille und Mut vorhanden sein, von dieser Fähigkeit auch Gebrauch zu machen. Politik kann noch ein Zweites: Sie kann Diskussionen anstoßen und zum Nachdenken über Ethik und Werte anregen.

Ich möchte Ihnen einige Themen nennen, bei denen die Frage nach den Werten

im Zentrum aller Überlegungen steht:

■ **Globalisierung:** Wir sind davon überzeugt, dass die soziale Marktwirtschaft auch im internationalen Kontext der geeignete Rahmen für die Gestaltung der globalen Ökonomie ist. Es müssen die Marktkräfte gestärkt und global regelbare wettbewerbsrechtliche, ökologische und soziale Standards vorgegeben werden.

Mit den innerstaatlich und international organisierten Globalisierungsgegnern, wie etwa Attac, muss ein Dialog geführt werden, denn sie prangern Missstände durchaus zu Recht an.

Wenn man als gläubiger Christ hört, dass es in Indien Bauern gibt, die nach einer einzigen Missernte eine Niere verkaufen müssen, um hochentwickeltes Saatgut und die dazu passenden Pflanzenschutzmittel zu kaufen, dann muss das schlicht ein Thema sein!

■ **Umweltschutz:** Auch hier geht es um Wohlstand und Chancen der Menschen auf der ganzen Welt. Rund zwei Milliarden Menschen leben ohne direkten Zugang zu sauberem Trinkwasser. Nahezu ebenso viele haben keinen Zugang zu lebenswichtiger Energie.

Deutschland – einst Vorreiter – ist noch weit von ei-

ner zukunftsfähigen Entwicklung entfernt. Dies bestätigen uns internationale Experten: Im internationalen Nachhaltigkeitsindex liegt Deutschland mit Platz 54 lediglich im Mittelfeld.

Auch hier brauchen wir ein konkretes Handlungsprogramm für eine zukunftsfähige Entwicklung, das langfristige Ziele und effiziente Maßnahmen enthält.

■ **Gentechnik:** Sie verspricht neue Chancen für die Bekämpfung von Krankheiten und Armut. In Verbindung mit der Globalisierung der Wirtschaft wecken diese Entwicklungen zugleich Ängste vor menschlichen Überforderungen und vor willkürlicher Macht.

Die Politik hat konkret hier zwei Aufgaben. Sie muss diese Entwicklungen von Wissenschaft, Medizin und Wirtschaft ermöglichen. Sie ist aber auch verpflichtet, die Gesellschaft vor dem Missbrauch mit den Ergebnissen der Forschung zu schützen.

Wir ringen alle in der Union um die Konsequenzen aus der gewonnenen Einsicht, dass Menschen mehr können als sie dürfen. Und für die Lösung gibt uns das christliche Menschenbild einen Maßstab. Das bedeutet für uns: unbedingter Schutz für uns: unbedingter Schutz der Rechte und der Würde aller Menschen. Ich bin sicher,

dass diese klare Haltung auch diejenigen überzeugen kann, die sich nicht zum Christentum bekennen.

■ **Familie:** Familien mit Kindern bilden die Grundlage für eine langfristige stabile wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Familien sind elementares Kraft- und Lebenszentrum. Familien sichern durch die Erziehung von Kindern den Fortbestand der Gemeinschaft.

Die Familie ist der Ort, an dem – wie nirgends sonst – gelernt wird, dass Zuwendung niemals eine Einbahnstraße ist. Wenn in der Familie jeder nur danach trachtet, seine Ungebundenheit zu leben, wird der soziale Verbund sehr schnell zerstört.

Die Lebensform Ehe und Familie prägen also Werte und Menschenbild. Jedoch die Politik honoriert dies bislang viel zu wenig, obwohl klar ist, dass die schwierige finanzielle Lage vieler Familien indirekt Einfluss auf das Wertesystem dieser Gesellschaft hat. Das Pro-Kopf-Einkommen eines Ehepaars mit 2 Kindern ist nicht einmal halb so hoch wie das eines Ehepaars ohne Kinder. Und die rot-grünen Vereinbarungen werden die Lage der Familien weiter verschlechtern.

Rot-Grün denkt zu kurzfristig. Es mag sein, dass ein

Lebensgefühl der Ungebundenheit dem Zeitgeist entspricht. Und in den Augen vieler, Ehe und Familie dem Wunsch nach Selbstverwirklichung im Wege stehen. Langfristig, wenn die demographischen Probleme noch drängender werden, wird es zu einer Renaissance vermeintlich konservativer Werte kommen. Davon bin ich überzeugt.

Wir sind auf die kommenden Debatten gut vorbereitet

So viel zu den Megathemen Globalisierung, Umweltschutz, Gentechnik und Familie, in deren Kern es um Ethik und unser Wertesystem geht.

Wenn Sie genau hingehört haben, dann haben Sie festgestellt, dass ich eigentlich nur von einem einzigen Thema gesprochen habe. Und das heißt „Nachhaltigkeit“.

Nachhaltigkeit braucht Weitsichtigkeit, braucht Beständigkeit, braucht klare Wertvorstellungen, braucht Verantwortlichkeit.

Als Generalsekretär der CDU bin ich sehr optimistisch, dass die Union von allen Parteien am besten auf diese kommenden Debatten vorbereitet ist.

UD

ANGELA MERKEL:

Die **Zukunft** Europas gehört den politischen Ideen von UMP und CDU

Rede der CDU-Vorsitzenden anlässlich des Gründungskongresses der „Union pour un Mouvement Populaire“ (UMP, Union für eine Volksbewegung) am 17. November in Paris

Monsieur Le Premier Ministre,

Sehr geehrter Herr Premierminister,

Monsieur Le Président, sehr geehrter Herr Vorsitzender,

Mesdames et Messieurs Les Ministres,

Meine Damen und Herren Minister,

Mesdames et Messieurs Parlementaires

Meine Damen und Herren Abgeordneten

Chers Amis de l'UMP, Liebe Freunde der UMP,

Je vous remercie chaleureusement de votre invitation.

Ich danke Ihnen herzlich für Ihre Einladung.

J' en suis très honoré.

Ich fühle mich damit sehr geehrt.

Je suis très flatté que vous me permettiez de participer à cette journée historique.

Sie schmeicheln mir mit der Erlaubnis, diesen histo-



rischen Tag mit Ihnen zu verbringen.

Depuis l'époque de Konrad Adenauer, l'Union chrétienne démocrate d'Allemagne est le parti de l'amitié franco-allemande.

Die CDU Deutschlands ist seit den Tagen von Konrad Adenauer die Partei der deutsch-französischen Freundschaft.

Depuis que nous existons, nous avons puisé notre énergie dans tout ce qui réunit les forces de la droite et dans nos origines diverses: conservateurs, libérales et sociaux-chrétiens.“

Wir haben unsere Kraft seit unserem Bestehen immer aus der Gemeinsamkeit der bürgerlichen Kräfte und unserer unterschiedlichen Wurzeln geschöpft, den konservativen, liberalen und christlich-sozialen.

Wir haben auch in diesem für Ihre Partei so erfolgreichem Jahr immer wieder fasziniert auf die bürgerlichen Parteien in Frankreich geschaut:

■ Präsident Chirac ist im Mai mit überwältigender Mehrheit in seinem Amt bestätigt worden.

■ Im Juni hat Ihre Partei einen grandiosen Sieg bei den Parlamentswahlen davon getragen und der Regierung aus Sozialisten, Kommunisten und Grünen bereits nach nur einer Legislaturperiode ein Ende bereitet.

■ Im Oktober, beim Kongress der Europäischen Volkspartei in Estoril, hat erstmals ein französischer Ministerpräsident zu den Kongressdelegierten geredet und seinen festen Willen zur aktiven Mitarbeit Ihrer neuen Partei in der EVP auf beeindruckende Weise manifestiert.

■ Und mit dem heutigen Tag mündet diese Entwicklung in einem weiteren einschneidenden Ereignis, in der Gründung der UMP.

Die CDU hat die Entwicklung der politischen Ereignisse in Frankreich fasziniert.

niert beobachtet, und an einer Stelle wohl auch etwas neidisch auf die andere Seite des Rheins geschaut. Wir wären nämlich gerne Ihrem Beispiel gefolgt und hätten die rot-grüne Bundesregierung ebenfalls nach nur vier Jahren wieder in die Opposition geschickt. Dies ist uns nicht ganz gelungen, aber auch die Mehrzahl der politisch interessierten Franzosen dürfte inzwischen wissen, dass der Regierung Schröder schon acht Wochen nach der Wahl nichts anderes mehr einfällt, als Steuer- und Abgabenerhöhungen und noch mehr staatliche Regulierungswut.

Aber, meine Damen und Herren, die CDU blickt auch mit ein bisschen Stolz auf den heutigen Tag, weil wir an der einen oder anderen Stelle Pate stehen durften für Ihre Ideen und Pläne für eine große Volkspartei. Nach meiner festen Überzeugung werden im 21. Jahrhundert große Volksparteien die besseren Chancen haben, unterschiedliche Interessen zu bündeln und den Menschen damit überzeugende Lösungen ihrer Probleme anzubieten.

Sie haben mit dem Erfolg bei den Wahlen in diesem Jahr einmal mehr die Richtigkeit des Konzepts einer modernen Volkspartei be-

wiesen. Sie haben die Zusammenarbeit über die früheren Parteigrenzen hinweg gesucht, haben Einzelinteressen zurückgestellt und gezeigt, dass man gemeinsam mehr erreichen kann.

Die UMP kann für Frankreich mehr erreichen:

■ Ihre Einigkeit hat die Sozialisten besiegt und dafür gesorgt, dass der Front National nicht ins Parlament zurückgekehrt ist.

■ Ihr Premierminister Raffarin nimmt die Herausforderung an, Frankreich umfassend zu modernisieren.

■ Ihr Innenminister Sarkozy gibt die Antwort auf drängenden Fragen der Kriminalitätsbekämpfung und der Inneren Sicherheit.

Die UMP kann aber – gemeinsam mit der CDU Deutschlands – auch für Europa und für die deutsch-französische Freundschaft mehr erreichen.

Unsere beiden Parteien mit ihren politischen Traditionen und Überzeugungen haben seit dem heutigen Tag mehr gemeinsam als andere.

Sicher, unsere beiden Völker verbinden seit 40 Jahren der Elysée-Vertrag und die historisch so einmalige Entwicklung, dass aus Kriegsgegnern Partner und

Freunde wurden. Natürlich dürfen wir stolz sein, dass mit Adenauer und De Gaulle zwei Staatsmänner aus unseren politischen Familien den Grundstein für diese Entwicklung gelegt haben.

Aber was UMP und CDU über diese bisherigen Leistungen hinaus auch für die gemeinsame europäische Zukunft verbindet, ist ihre außergewöhnliche Stellung im Parteienspektrum.

CDU und UMP sind beide konkurrenzlos die gestaltende bürgerliche Kraft in ihren Ländern. Nur unsere beiden Parteien fügen unterschiedliche Strömungen zu einem Ganzen zusammen und haben dennoch ein unverwechselbares Profil: Für das Individuum und gegen staatliche Bevormundung, für eine moderne Gesellschaft und gegen die einseitige Bevorzugung von mächtigen Interessengruppen, für ein starkes, solidarisches Europa und gegen nationale Sonderwege.

Diese Gemeinsamkeiten zeichnen auch unsere beiden Parteien als Mitglieder der Europäischen Volkspartei aus. Gemeinsam können CDU und UMP die gestaltende Kraft in der Europäischen Volkspartei sein.

Die Ansätze dafür sind bereits heute viel versprechend:

Unter Leitung von Alain

Juppé und Wolfgang Schäuble hat die gemeinsame Arbeitsgruppe zur Europapolitik bereits zweimal getagt. In der vergangenen Woche haben die EVP-Mitglieder im Konvent in Rom getagt. CDU und UMP haben mit ihrer Arbeit im Konvent die historische Gelegenheit, gemeinsam ein Stück Reformgeschichte der Europäischen Union zu schreiben.

Bei den Europawahlen 2004 wird es in ganz besonderem Maße von unseren beiden Parteien abhängen, ob die EVP wieder die stärkste Fraktion im Europaparlament in Straßburg wird.

Ich bin sicher, die Zukunft Europas gehört den politischen Ideen von UMP und CDU. Sie haben mit ihrem politischen Erfolg in diesem Jahr und mit dem heutigen Gründungskongress einen glänzenden Start absolviert.

Toutes mes Félicitations à l'UMP!

Meine besten Wünsche für die UMP!

Maintenant nous allons travailler ensemble pour noter deux pays et l'Europe.

Von nun an arbeiten wir gemeinsam für unsere beiden Länder und für Europa!

Vive la coopération franco-allemande!

Es lebe die französisch-deutsche Zusammenarbeit!

Die **Online**-Kampagne 2002 der CDU

Der Bundestagswahlkampf 2002 war der erste Wahlkampf, der zu einem erheblichen Teil auch im Internet stattfand. Dabei konnte sich die CDU, trotz erheblich geringerer Mittel, sehr erfolgreich gegen die SPD durchsetzen. Im Folgenden soll kurz dargestellt werden, welche wichtigen Erkenntnisse sich aus der Auswertung der Kampagne ergeben und was auch bei regionalen Einsätzen des Internet beachtet werden sollte.

Anders als 1998 war das Internet bei der vergangenen Bundestagswahl Bestandteil der Kommunikationsstrategie und wurde nicht nur genutzt, um modernes Image auszustrahlen. Das zeigt sich auch an der intensiven Nutzung der internen Angebote im CDUnet.

Auch die Besucherzahlen der öffentlichen Angebote waren um ein vielfaches höher als noch 1998. Alleine im August 2002 besuchten nach einer Analyse des Institutes NetValue mehr als 414.000 Menschen die Seite www.cdu.de. Die SPD konnte mit ihrem Internet-Angebot deutlich weniger Bürgerinnen und Bürger

ansprechen. Würde die Zusammensetzung des 15. Bundestags durch Zugriffszahlen auf die Web-Portale der Parteien entschieden, so hätte die CDU mit 414.400 Besuchern im August die relative Mehrheit. Zweitgrößte Partei wäre die SPD mit 338.900, gefolgt von den Grünen mit rund 163.200 Besuchern. Das haben die Internetforscher von NetValue festgestellt.

Die CDU informierte sich umfassend und frühzeitig in den USA und auf Tagungen der EVP über Erfahrungen mit politischen Internet-Kampagnen. Insbesondere die Aktivitäten im US-Präsidentenwahlkampf 2000 und bei den britischen Unterhaus-Wahlen 2001 wurden berücksichtigt. In der Folge fanden verschiedene Workshops statt, um die Erfahrungen auszuwerten und die Elemente zu identifizieren, die auch in Deutschland Erfolg versprachen. Diese intensive Vorbereitung hat sich am Ende ausgezahlt, denn die Kampagne der CDU im Netz war sehr erfolgreich.



Zu den erfolgreichsten Elementen gehört ohne Frage www.wahlfakten.de. Hier wurden die wichtigsten

Heise News-Ticker: CDU-Portal bei Zugriffszahlen vorn - Microsoft Internet Explorer

Datei Bearbeiten Ansicht Favoriten Extras ?

Zurück Vorwärts Abbrechen Aktualisieren Startseite Suchen Favoriten Verlauf E-Mail Drucken

Adresse <http://www.heise.de/newsticker/result.shtml?url=newsticker/data/answ-18.09.02-001/default.shtml&words=CDU%20Portal> Wechseln zu

heise online Meldung vom 18.09.2002 13:56 c't IX Telep

Suchen nach... [Dropdown]

7-Tage-News
News-Archiv
News mobil
Newsletter

English Pages

heise mobil

heise jobs

Telefonhilfe
Internetanfrage
Provider (Firmen)
Internet-Störungen
Free- & Shareware
Veranstaltungen

news [[<< Vorige](#)] [[Nächste >>](#)]

CDU-Portal bei Zugriffszahlen vorn

Würde die Zusammensetzung des 15. Bundestags durch Zugriffszahlen auf die Web-Portale der Parteien entschieden, so hätte die **CDU** mit 414.400 Besuchern im August die relative Mehrheit. Zweitgrößte Partei wäre die SPD mit 338.900, gefolgt von den Grünen mit rund 163.200 Besuchern. Das haben die Internetforscher von NetValue festgestellt.

Nach ihren Angaben erzielten FDP, PDS und die anderen Parteien keine "ausweisbare Reichweite". Das bedeutet, dass diese Seiten von weniger als 1 Prozent der Internetnutzer besucht werden. Trotz einer Reichweite von 0,9 Prozent wurden die Grünen hinzugenommen, die Zahlen sind aber wegen der Fehlertoleranz mit Vorsicht zu genießen. Die **CDU** wurde im August von 2,2 Prozent aller

Top-Meldungen

[AMDs 64-Bit-Fortschritt](#)

[Neue Maßnahmen gegen D190-Missil vorgeschlagen](#)

[IBMs Power5-Pac alles toppen](#)

[Comdex: Angst um Schrecken in Las](#)

Aktuelle Meld

[Homeland-Security Gesetz nimmt letzte](#)

Behauptungen der SPD-Spitze live aufgegriffen, auf der Seite zitiert und zahlreichen Fakten aus unabhängigen Quellen gegenübergestellt. Dabei arbeitete im Medienbeobachtungsraum des Konrad-Adenauer-Hauses ein gutes Dutzend Referenten an PCs, Fernsehern und Videorecordern, griff auf eine umfangreiche Datenbank zurück und parierte die Reden Gerhard Schröders Absatz für Absatz - eindrucksvolle Bilder für die zahlreichen Journalisten, die Angela Merkel während des ersten Einsatzes durch den Raum führte. Die Parteivor-sitzende erläuterte die Funk-

tionsweise des Systems und das Konzept und die Presse griff diese neuartige Form der politischen Auseinandersetzung dankbar auf. Die CDU setzte dieses System als erste Partei in Deutschland ein und hat mittlerweile einige Nachahmer gefunden.

Ergänzt wurden diese Angebote in der heißen Phase noch durch kleine Sonderaktionen, die auf Extraseiten gestartet wurden. Hierzu zählt der Film „Rote Laternen“ mit dem Gerhard-Schröder-Gartenweg, der Deutschlands Schlusslichtposition beim Wirtschaftswachstum in Europa besingt. Oder auch das Helm-Spiel

mit Franz Müntefering, das seinen Ausspruch „Wir müssen den Helm jetzt enger schnallen“ aufgriff. Die Nutzer waren aufgerufen, einzelne Helme für Franz Müntefering zu entwerfen und Begründungen zu liefern, warum gerade dieser Helm getragen werden muss. Der Kreativität waren dabei keine Grenzen gesetzt.

Zu den erfolgreichsten Sonderaktionen gehörte die Aktion „Bürgerstimmen“, die während der letzten 50 Tagen vor der Wahl auf www.cdu.de lief. Alle Besucher der Seite konnten ihre persönliche Botschaft für Edmund Stoiber oder Gerhard

Schröder via E-Mail an die Redaktion schicken. Die eingehenden Botschaften sollten dann auf der Homepage präsentiert werden. Die Resonanz war überwältigend. Binnen weniger Tage erhielt die CDU-Online-Redaktion über 400 Zuschriften. Schnell wurden daher Sonderseiten zur Aktion eingerichtet. Unter www.darum.cdu.de konnten nun mehrere Bürgerstimmen täglich veröffentlicht werden.

Ebenfalls erfolgreich war die Aktion „Jede Stimme zählt!“, die in den letzten zwei Wochen vor der Wahl lief. Im Rahmen der Aktion wurden alle E-Volunteers, Mitglieder und Sympathisanten der Partei gebeten, einen Wahlaufruf zu Gunsten der Union via E-Mail zu verbreiten. Aber nicht, wie bei Spamming-Aktionen, im ziellosen Massenversand, sondern an ausgewählte Freunde und Bekannte. Zielgruppe waren alle Personen, die den politischen Zielen und Konzepten der Union nahe stehen. Soweit es für die CDU verfolgbar war, wurden auf diesem Weg mehrere zehntausend Bürgerinnen und Bürger angesprochen.

Es haben sich im Verlauf der Kampagne bestimmte Bereiche herauskristallisiert, in denen das Internet gegenüber anderen Medien

deutliche Vorteile hat, die bisher nicht ausreichend berücksichtigt worden sind. So liegt eine klare Stärke des Internet in den Möglichkeiten der zielgruppenspezifischen Ansprache. Bisher wurde das Internet primär als Medium genutzt, über das schnell und kostengünstig Informationen an sehr viele Empfänger verteilt werden können. Im Zuge der immer weiter steigenden Informationsflut wird es aber zunehmend wichtiger sein, dass der Empfänger ausschließlich Informationen erhält, die für ihn relevant sind. Nur noch relevante Informationen werden wahrgenommen, alles andere wird weggeklickt. Diese Potentiale des Internet zu nutzen, sollte zum Ziel der CDU Online-Kommunikation werden.

Blick in die Zukunft

Diskussion und Austausch in den internen Netzen sind weiter zu intensivieren. Kandinat und CDUnet sind als Instrumente genutzt worden, um schnell auf Informationen aus Berlin zugreifen zu können. Insbesondere in der heißen Wahlkampfphase nutzten fast alle Wahlkämpfer die hier bereitgestellten Musterreden, Wahlprüfsteine

und Flugblätter. Allerdings sollte der Erfahrungsaustausch über Aktionen oder den Einsatz bestimmter Verteil- und Werbemittel zwischen den Verbänden noch weiter ausgebaut werden.

Weiterhin hat der Bundestagswahlkampf deutlich gemacht, welch erhebliches kreatives Potenzial die Internetnutzer den Parteien zur Verfügung stellen. Die Aktion „Bürgerstimmen“, der Wahlkreis300, zahllose E-Mails und Linkhinweise, Plakatentwürfe und Strategievorschläge haben deutlich gemacht, dass Politikverdrossenheit für viele Internetnutzer ein Fremdwort ist. Sie wollen sich am politischen Wettstreit beteiligen. Bis zur nächsten Bundestagswahl werden daher sicherlich Strukturen geschaffen, die den kreativen Input der Mitglieder und Sympathisanten institutionalisieren und gezielt in die parteipolitische Arbeit einfließen lassen. Entsprechende Anlaufstellen sollten nach Möglichkeit auch auf Landes- und Kreiserebene eingerichtet werden.

Der nächste Online-Wahlkampf kommt bestimmt. In einigen Landesverbänden schon recht bald. Für die gesamte CDU spätestens im Frühjahr 2004, wenn die Europawahlen anstehen.

Die **LEBENSERWARTUNG** in Deutschland steigt weiter an. Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, liegt die durchschnittliche Lebenserwartung für einen neugeborenen Jungen bei 74,8 Jahren und für ein Mädchen bei 80,8 Jahren. In der vorhergehenden Sterbetafel 1997/99 waren 74,4 bzw. 80,6 Jahre ermittelt worden.

Den Charme der **BESCHIEDENHEIT** entdecken immer mehr Menschen. Umfragen belegen, dass immer mehr Menschen – angesichts konjunktureller Wohlstandsängste und hartnäckig beständiger Unsicherheit mehr sparen. Gesellschaft für Konsum-, Markt- und Absatzforschung: „Die Anschaffungsneigung ist so niedrig, wie wir es seit 1980 nicht mehr gemessen haben“

ELTERN mit Kindern unter 18 Jahren können dem Internet mehr abgewinnen als kinderlose Paare oder die Eltern, deren Kinder bereits erwachsen sind: Der Nachwuchs motiviert seine Eltern dazu, sich mit dem Web zu beschäftigen. Eine Mehrheit hat dadurch eine positivere Einstellung zur Welt des Internet. Zu diesem Ergebnis kommt die der Forschungsinitiative Pew Internet & American Life Project

Durch **WIRTSCHAFTSKRIMINALITÄT** ist der deutschen Volkswirtschaft 2001 ein Schaden von mehr als 6,7 Milliarden Euro entstanden. Wie Bundesinnenminister Otto Schily mitteilt, sind das mehr als 60 Prozent des Gesamtschadens, der 2001 durch Kriminalität entstand. Dabei machten Wirtschaftsdelikte nur 1,7 Prozent aller in Deutschland registrierten Verbrechen aus.

INTERNETWERBUNG wirkt – besonders im Verbund mit anderen Medien! Das belegt die aktuellste von der European Interactive Advertising Association vorgestellte Studie zu Cross Media Kampagnen. Durch den Einsatz von Online-Werbung lassen sich Reichweite medienübergreifender Kampagnen signifikant steigern. Das Ergebnis der Fernsehwerbung (48 %) steigerte sich durch den flankierenden Einsatz von Werbemaßnahmen im Internet um 16 %. Außerdem zeigte sich, dass eine Kombination von Online- und TV-Werbung die Werbewirksamkeit vervielfachte.

Die Zahl der **UNTERNEHMENSGRÜNDUNGEN** in Deutschland ist 2002 infolge der lahmen Konjunktur laut einer Studie des Zentrums für europäische Wirt-

schaftsforschung um sechs Prozent zurückgegangen. Damit setzte sich der seit 1999 zu beobachtende Abwärtstrend fort. Die Zahl der neugegründeten Unternehmen in Ostdeutschland nahm überproportional um neun Prozent ab. In Westdeutschland fiel der Rückgang mit fünf Prozent hingegen etwas geringer aus.

LESEKOMPETENZ entscheidet über Bildungserfolg. Das belegt die neue OECD-Studie „Reading for Chance.“ Bei der internationalen PISA-Schulleistungstudie hatten deutsche Schüler nur unterdurchschnittliche Ergebnisse bei der Lesekompetenz erreicht. Gleichzeitig zeigte die Studie, dass in Deutschland wie in keiner anderen Industrienation der Bildungserfolg von der sozialen Herkunft abhängt.

VERSCHWENDUNG öffentlicher Mittel in Höhe von mehr als zwei Milliarden Euro hat der Bundesrechnungshof angeprangert. Diese Belastung für den Haushalt sei vermeidbar gewesen, heißt es im Jahresbericht 2001. In dem 300-seitigen Papier werden 121 Fälle kritisiert, bei denen die Bundesregierung zu verschwenderisch mit Steuergeldern umgingen.

Rot-grüne Gesetzesentwürfe schaffen keine neuen **Arbeitsplätze** – Rahmenbedingungen für mehr Wachstum setzen

FRANKFURTER
ERKLÄRUNG ZUR
AKTUELLEN
ARBEITSMARKT-
POLITIK VOM
18. NOVEMBER
IM EINZELNEN

Die Arbeits- und Sozialminister der unionsregierten Bundesländer und die Sozialpolitiker der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag haben bei einem Treffen in Frankfurt/Main eine Trendwende in der Arbeitsmarktpolitik gefordert, um die Massenarbeitslosigkeit zu bekämpfen.

Die Politiker von CDU und CSU verlangen von der rot-grünen Bundesregierung mit Nachdruck, dass diese die Blockadepolitik gegen weiterführende Initiativen der Länder wie das hessische OFFENSIV-Gesetz und das bayerische/baden-württembergische Fördern-und-Fordern-Gesetz aufgibt. In einer einstimmig verabschiedeten „Frankfur-

ter Erklärung zur aktuellen Arbeitsmarktpolitik“ kritisierten die Unionspolitiker die derzeitigen Maßnahmen der Bundesregierung als ineffektiv, schlugen konkrete Änderungen in den Gesetzesentwürfen und darüber hinausgehende Schritte vor.

begrenzen, sondern hat die Rahmenbedingungen für mehr Wachstum zu schaffen. Reformen zum Abbau von Bürokratie und Überreglementierung muss nach den verbliebenen Chancen der letzten Legislaturperiode nunmehr höchste Priorität eingeräumt werden.

Kein neuer Arbeitsplatz durch Hartz-Konzept

■ **1.** Die Vorschläge der Bundesregierung zur Umsetzung des Hartz-Konzepts schaffen keinen einzigen neuen Arbeitsplatz und bleiben weit hinter den Möglichkeiten notwendiger grundlegender Reformen zurück. Es fehlen konkrete Vorschläge zur Sozial- und Arbeitslosenhilfereform, ebenso für die Tarif- und Steuerpolitik, die Arbeitsmarktordnung und zur Senkung der Lohnnebenkosten. Angesichts der dramatischen Zahl von vier Millionen Arbeitslosen in Deutschland darf verantwortungsvolle Politik sich nicht auf die Diskussion um Verteilungsgerechtigkeit

Alternativen der Union

■ **2.** Die Bundesregierung wird mit Nachdruck aufgefordert, im Bundestag die Blockadepolitik gegen weiterführende Initiativen der Länder wie das hessische OFFENSIV-Gesetz und das bayerische/baden-württembergische Fördern-und-Fordern-Gesetz aufzugeben und Bundestag wie Bundesrat eine angemessene Zeit zur Beratung der Gesetzesvorlagen zur Umsetzung der Hartz-Vorschläge zuzugestehen. Eine Beschränkung der Beratungen im Bundesrat auf einen einzigen Durchgang zeugt nicht vom Konsenswillen der Bundesregierung, die mit diesem

Verfahren fast zwangsläufig verbundene Verlagerung wesentlicher Sacharbeit in den Vermittlungsausschuss ist verfassungsrechtlich fragwürdig.

Die Gesetzentwürfe müssen umfassend insbesondere in folgenden Punkten geändert werden:

Tarifliche Gleichstellung von Leiharbeitern kontraproduktiv

■ **3.** Die tarifliche Gleichstellung von Leiharbeitern mit der Stammbeschaft des Entleihbetriebs versetzt diesem Institut zur Wiedereingliederung von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt den Todesstoß. Zeitarbeit wird damit zu teuer und für die Unternehmen uninteressant. Dies gefährdet insbesondere Zeitarbeitsplätze für Geringqualifizierte. Nur durch hohe Lohnsubventionen ließe sich dieser Nachteil ausgleichen. Mit dem Hartz-Konzept haben die Gesetzesvorschläge der Bundesregierung an dieser Stelle nichts mehr zu tun.

Job-Center-Ansatz zu kurzfristig

■ **4.** Der Ansatz, Job-Center nur bei den Arbeitsäm-

tern anzusiedeln, ist kurzfristig, denn er verzichtet ohne Not auf das in jahrzehntelanger Praxis bei Kommunen und freigemeinnützigen Trägern erworbene Know-how für die Betreuung und Vermittlung von langzeitarbeitslosen Sozialhilfeempfängern. Die von der rot-grünen Bundesregierung beabsichtigte faktische Unterordnung von Kommunen und freien Trägern unter die Arbeitsämter darf es nicht geben. Der Neuaufbau der Arbeitsverwaltung und der angestrebten 16 Kompetenzzentren bläht die Bürokratie der Bundesanstalt für Arbeit zu Lasten der Einflussmöglichkeiten der Länder unnötig auf. Die bei einer Zusammenführung der beiden Sozialleistungssysteme (Arbeitslosenhilfe/Sozialhilfe) zentralen Kernpunkte: Zuständigkeit für die Definition der Erwerbsfähigkeit, Berücksichtigung der gesamten Familie/Bedarfsgemeinschaft, Einbeziehung der komplementären (kommunalen) sozialen und arbeitsmarktpolitischen Angebote, Kostenverlagerungen von Ländern/Kommunen zum Bund, Abklärung und notwendigen Kinderbetreuung um Verfügbarkeit und Vermittlungsanspruch dem Grunde nach für Allein-

erziehende zu gewährleisten etc., bleiben ungeklärt.

Brückengeld keine Antwort auf demographische Herausforderung

■ **5.** Das Brückengeld für über 55jährige, mit dem die Bundesregierung für die ältere Generation die Weichen Richtung Abstellgleis stellt, führt zwangsläufig zur Stigmatisierung älterer Arbeitsloser, stellt keine adäquate Antwort auf die demographische Herausforderung dar und bietet kein schlüssiges Konzept zur Frage der Finanzierung, insbesondere der Belastungen in der Sozialversicherung. Dieses „Bridge-System“ fördert Frühverrentung und Nichtbeschäftigung, statt unserer Volkswirtschaft Erfahrungsschatz und Arbeitskraft der Älteren zu erhalten.

Darüber hinaus müssen die folgenden Schritte unternommen werden:

Rot-grüne Gesetzesmaßnahmen hemmen Wachstum und Beschäftigung

■ **6.** Die unausgegorenen Maßnahmen, mit denen die Bundesregierung in der

letzten Legislaturperiode bestehende Verkrustungen weiter verstärkt und Bürokratie weiter aufgebaut hat – namentlich der pauschale Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit, die Neuregelung der befristeten Arbeitsverhältnisse und die kosten-treibenden und mittelstandsfeindlichen Bestandteile der Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes – müssen zurückgenommen und durch echte Reformen für mehr Wachstum und Beschäftigung ersetzt werden.

Erschließung von Beschäftigungspotenzial durch „Kleine-Jobs-Gesetz“

■ **7.** Insbesondere die verfehlte Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse von 1999, mit der zahlreiche Arbeitsplätze im Niedriglohnbereich vernichtet wurden, ist aufzuheben. Gerade in diesem Segment der „kleinen Jobs“ lassen sich heute Beschäftigungspotentiale erschließen, die derzeit aufgrund der Untätigkeit der Bundesregierung brachliegen. Richtungweisend ist daher der Vorschlag im bayerischen Kleine-Jobs-Gesetz, Beschäftigungsverhältnisse bis

400 Euro monatlich bei einer Pauschalbesteuerung von 20 % von der Sozialversicherungspflicht zu befreien und sodann bei Einkünften bis 800 Euro die Sozialversicherungsbeiträge linear einschleifend bis auf den üblichen Satz zu erhöhen.

Aktive Arbeitsmarktpolitik durch Unions-Initiativen im Bundesrat

■ **8.** Erforderlich ist nun endlich eine Trendwende hin zu einer aktivierenden Arbeitsmarktpolitik beruhend auf den Prinzipien des Förderns und Forderns. Das bedeutet: Klare Vereinbarungen, die auch sanktioniert werden können, verschärfte Zumutbarkeitsanforderungen und Sanktionen, Meldekontrollen und intensiviertere, umfassende Hilfestellung aus einer Hand. Mit dem Hessischen OFFENSIV-Gesetz und dem bayerischen/badenwürttembergischen Fördern-und-Fordern-Gesetz liegen bereits Vorschläge vor, die diesen Ansprüchen gerecht werden. Die Bundesregierung lehnt sich mit ihren Gesetzesentwürfen zwar in Teilen an diese Vorarbeit der Länder an, z.B. bei der Beweislastumkehr, bleibt aber

dennoch weit dahinter zurück.

Beseitigung der ineffektiven Parallelität von Arbeitslosen- und Sozialhilfe

■ **9.** Die Bundesregierung wird daher aufgefordert, die konstruktiven Vorschläge der Länder aufzugreifen, oder den Ländern wenigstens die Möglichkeit einzuräumen, im föderalen Wettbewerb miteinander und mit dem Bund die Leistungsfähigkeit ihrer eigenen Modelle zum Abbau der Arbeitslosigkeit unter Beweis zu stellen. Eine grundlegende Reform des Arbeitsmarktes wird nur gelingen, wenn die kostenintensive und ineffektive Parallelität von Arbeitslosen- und Sozialhilfe endlich beseitigt wird. Nur so ist eine konsequente Zusammenführung von Betreuung, Qualifizierung, Vermittlung und Leistungsgewährung für erwerbsfähige Hilfeempfänger in einer Hand erreichbar. Im Interesse der Hilfesuchenden ist es nicht hinnehmbar, dass die Bundesregierung dieses Projekt bis frühestens 2002 verschieben möchte. Bloße Ankündigungen helfen den Un-

DIETRICH
AUSTERMANN:

Schröder und Eichel **wurschteln** weiter



Zu dem Nachtragshaushalt 2002 sowie dem neuen Haushaltsentwurf 2003 erklärte der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Die heute vorgestellten Entwürfe belegen, der Kanzler und sein Finanzminister wurschteln sich weiter durch! Von Reformen keine Spur. Stattdessen werden die Wachstumserwartungen schön gerechnet; bei realistischer Betrachtung fehlen bereits im nächsten Jahr (kumuliert) etwa 1,5 %-Punkte Wachstum und damit mehrere Milliarden Euro bei den Steuereinnahmen.

Auch von Sparen kann keine Rede sein, wenn – wie in diesem Jahr – die Ausgaben tatsächlich um fast 4 % ansteigen, während das Bruttoinlandsprodukt real stagniert. Wie brüchig die

Haushaltseckwerte des Jahres 2003 sind, erkennt man auch an den milliarden-schweren „globalen Minderausgaben“, von denen bisher lediglich feststeht, dass sie eingespart werden sollen, von denen aber die Bundesregierung bisher selbst nicht weiß, wie und wo sie das bewerkstelligen will.

Der Anstieg der Investitionen 2003 auf 26,8 Mrd. ? ist nicht nachhaltig, denn er beruht auf den einmaligen Investitionen zur Beseitigung der Flutschäden in Ostdeutschland. Die Stagnation der regelmäßigen Investitionsausgaben des Bundes hält also an.

Trotz steigender Arbeitslosigkeit hat die Bundesregierung den Zuschuss zur Bundesanstalt für Arbeit (BA) gestrichen; das wird die BA zwingen, insbesondere im Bereich der Ermessensleistungen drastische Sparmaßnahmen vorzunehmen. Das zur Jahrhundertreform hochgejubelte „Hartz-Konzept“ wird zur Grundlage für eine phantasievolle Haushaltsplanung. Normalerweise werden Blindgranaten so eingesetzt, dass sie den Gegner blenden – von Hartz geblendet erscheint hier allein die Bundesregierung!

Darüber hinaus ist der Entwurf des Nachtragshaushalts 2002 schlicht verfas-

sungswidrig: Die Kreditaufnahme liegt weit über der Summe der Investitionen, ohne dass sich aus dieser erhöhten Kreditaufnahme irgendwelche Wirkungen ableiten ließen, die zur Beseitigung der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts beitragen könnten. Die erhöhte Kreditaufnahme ist vielmehr ausschließlich Folge der verfehlten Steuer- und Haushaltspolitik der rot-grünen Bundesregierung!

Die Union wird diese rot-grüne „Weiter-So-Politik“ nicht mitmachen. Wir werden in den bevorstehenden Haushaltsverhandlungen die Reformblockade durch Rot-Grün und unsere Alternativen dazu immer wieder aufzeigen.

KARL-JOSEF LAUMANN:

Bridge-System fördert **Arbeits-** **platzabbau**

Zu den Berechnungen der Zeitung „Die Welt“, nach denen die Hälfte der 30 großen Dax-Konzerne in den kommenden 2-3 Jahren etwa 120.000 Arbeitsplätze abbaut, erklärt der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Wirtschaft und Arbeit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Die vom Bundestag beschlossene Einführung eines Brückengeldes für über 55-Jährige wird dazu führen, dass insbesondere Großunternehmen mit staatlichen Zuschüssen ihren Arbeitsplatzabbau organisieren können.

Nach Berechnungen der Zeitung „Die Welt“ will die Hälfte der 30 großen Dax-Konzerne in den kommenden 2-3 Jahren etwa 120.000 Arbeitsplätze abbauen. Sollte das vom Bundestag beschlossene Gesetz tatsächlich zustande kommen, würden diese Unternehmen für diesen Arbeitsplatzabbau die staatlichen Zuschüsse nutzen und damit die eigentlichen Nutznießer des Brückengeldes sein. Zusätzlich zum Brückengeld würden die Unternehmen Sozialplanmaßnahmen verabreden, sodass der Ausstieg für die über 55-Jährigen attraktiv würde. Die Unternehmen hätten gleichzeitig eine Verjüngung ihrer Belegschaft erreicht.

CDU/CSU werden dieses „staatlich organisierten Arbeitsplatzabbau“ im Bundesrat nicht zustimmen.

Deutschland braucht die Qualifikation und die Erfahrungen auch der älteren Menschen. Dies sieht auch die Europäische Union so. In den beschäftigungspolitischen Leitlinien hat selbst

Bundeskanzler Schröder unterschrieben, mehr ältere Arbeitssuchende in Lohn und Arbeit zu bringen. Auch dieses Versprechen wird mit dem Brückengeld-Konzept gebrochen.

MARTINA KROGKANN:

Rundfunkgebühren abschließlich für programmbezogene Internetauftritte

Zu der rot-grünen Koalitionsvereinbarung erklärte die Internet-Beauftragte der Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Rot-Grün fordert die Weiterentwicklung des öffentlich-rechtlichen, gebührenfinanzierten Rundfunks auch im Internet. Das ist ein Irrweg. Niemand käme auf die Idee, öffentlich-rechtliche, gebührenfinanzierte Zeitungen zu fordern, da hier ein gesunder Wettbewerb besteht, der eine Vielzahl von Meinungsäußerungen ermöglicht. Dies gilt gerade und erst recht für das Internet, wo jeder ohne große Investitionskosten seine Meinung auf seiner Homepage ins Netz stellen kann. Kein Medium ist dezentraler und vielfältiger als das bottom-

up gewachsene Internet. Pluralität von Meinungen ist hier schon jetzt ohne öffentlich-rechtliche Angebote gewährleistet.

Darüber hinaus sind gebührenfinanzierte Internetseiten der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, die über das programm-begleitende Maß hinausgehen, auch ordnungspolitisch verfehlt. Sie verzerren den Wettbewerb in unzulässiger Weise zu Lasten der privaten Anbieter. Gerade qualitativ hochwertige und damit teure Inhalte von privaten Anbietern könnten dann nicht bestehen. Entgeltpflichtige Premium-Angebote als Geschäftsmodell der Zukunft werden behindert. Wenn im gebührenfinanzierten Internet kostenlos regionale Kindatenbanken, Mitfahrzentralen, Wohnungs- und Studienplatzbörsen oder virtuelle Flohmärkte angeboten werden, stellt dies für die gewerbliche Wirtschaft einen durch öffentliche Finanzierung bewirkten, nicht auszugleichenden Kostennachteil dar.

Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Die derzeitigen Internet-Aktivitäten der öffentlich-rechtlichen Sender müssen kritisch hinterfragt werden. Der Rundfunkstaatsvertrag erlaubt nur vorwiegend programm-

bezogene Informationen. Von e-commerce und Merchandising beispielsweise ist dort nicht die Rede. Tatsächlich handeln öffentlich-rechtliche Sender aber mit Kalendern, Büchern und Gewürzmühlen ebenso wie mit Devotionalien, z.B. Uhren oder Feuerzeugen mit Sender-Logo. Das ZDF unterhält sogar einen öffentlich-rechtlich finanzierten design-shop im Internet.

Öffentlich-rechtliches Engagement ist erforderlich, um Pluralität zu gewährleisten. Im Internet ist es aber überflüssig und schädlich, da ordnungspolitisch fehlt. Eine Beschränkung der gebührenfinanzierten Internet-Auftritte auf ausschließlich programmbezogene Informationen ist geboten, eine entsprechende Änderung des Rundfunkstaatsvertrags erforderlich.

CHRISTIAN SCHMIDT:

Eigenständiger europäischer Sicherheitspolitik droht Insolvenz

Zum bevorstehenden Beschluss des NATO-Rats, die Militärmission „Amber-Fox“ als NATO-Mission fortzusetzen, weil die EU nicht in der Lage ist, eine Regelung mit der Nor-

datlantischen Allianz zu treffen, um dieses Mandat in eigener Zuständigkeit zu führen, erklärt der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Politische Willensbündungen allein reichen nicht aus, um in der EU wegweisende Entscheidungen mit Leben zu erfüllen. Mit dem Scheitern der Übernahme der Mission „Amber-Fox“ in Mazedonien durch EU-geführte Truppen droht einer eigenständigen europäischen Sicherheitspolitik die politische Insolvenz. Das großspurig angekündigte Ziel, die europäische Eingreiftruppe mit 60.000 Soldaten, davon 18.000 deutsche, bis nächstes Jahr einsatzfähig zu machen, ist kläglich gescheitert. Die notwendigen Voraussetzungen personeller, materieller und vor allem finanzieller Art sind bis heute nicht geschaffen worden. Für Deutschland und die Bundeswehr rächt es sich nun, dass der Verteidigungsetat unter Rot-Grün in den letzten vier Jahren radikal zusammengestrichen wurde.

Es rächt sich nun, dass der Bundeskanzler und sein Außenminister ihre sicherheitspolitische Verantwortung für unser Land und Europa nicht wahrgenommen



M. Krogmann



C. Schmidt

haben. Deutschland muss sich endlich in den politischen Prozess einschalten und den 1999 beschlossenen European Headline Goals zur Umsetzung verhelfen. Bis heute hat sich vor allem Schröder nie intensiv um die europäische sicherheits- und verteidigungspolitisch gekümmert.

Statt der Türkei bereite die EU-Mitgliedschaft in Aussicht zu stellen, wäre es wichtiger, darauf hinzuwirken, dass die offenen sicherheitspolitischen und verteidigungspolitischen Fragen zwischen der Türkei und Griechenland geklärt werden. Ansonsten droht die EU im NATO-Bündnis endgültig einflusslos zu werden - nur ein Europa, das sicherheitspolitisch mit einer Stimme spricht, wird den Herausforderungen der Zukunft innerhalb der jeweiligen Bündnissysteme gerecht werden können. Wer nicht handelt, verwirkt das Recht, die amerikanische Dominanz zu beklagen!



KANZLER SCHRÖDER

Start vermurkst

Das reformerische Selbstverständnis vor und die Realität der ersten Wochen nach der Wahl klaffen in einem Maße auseinander, wie man es eigentlich nach dem genauso vermurksten Start von Roten und Grünen 1998 nicht mehr erwarten durfte. Geschichte scheint sich dann und wann eben doch zu wiederholen. Wie einst glänzt die Koalition mit Beschlüssen, die nicht nur unpopulär sind, sondern zum Teil auch ökonomisch widersinnig. Mit Steuererhöhungen auf breiter Front lässt sich nun mal kein Land modernisieren und Wachstum sowie neue Jobs schaffen.

Lausitzer Rundschau

Gegenwind

Der Kanzler ist wieder da. Aufgetaucht aus einer Versenkung, die er sich selber ausgesucht hatte. Wieder da heißt aber leider nicht, dass

er auch alles im Griff hat, dass in Berlin endlich reagiert wird. Gerhard Schröder spürt wie 1999 heftigen Gegenwind. Er spürt, dass nicht wenige auch seiner Wähler sauer sind ob des Durcheinanders in Berlin, ob der Führungslosigkeit, der Konzeptionslosigkeit, die die Regierung verbreitet. Die Menschen sind verunsichert, weil die Politik ihnen keine Orientierung vermittelt. Und deshalb können viele Bürger diese Politik nicht nachvollziehen. Der Kanzler ist den Menschen Erklärungen schuldig.

Westdeutsche Allgemeine Zeitung

STEUERPOLITIK

Im Graben gelandet

Nun also noch 'ne Steuer. Erst hat die Regierung Schröder die Aktiengesellschaften entlastet, jetzt werden die Aktienmärkte durch eine neue Pauschalsteuer belastet. Erst predigt sie private Altersvorsorge mit Aktienfonds, nun schwächt sie

genau dieses Instrument. Gas geben und bremsen zugleich – damit landet man nicht nur beim Autofahren im Graben, sondern auch in der Wirtschaftspolitik.

Rheinische Post

Planlos abkassiert

Der Gesamteindruck bleibt verheerend, da hilft auch keine Nullrunde für das Kabinett: Die Schulden steigen rapide, das Ziel, 2006 keine neuen Kredite aufzunehmen, ist nicht mehr erreichbar. Gleichzeitig wird nun überwiegend planlos abkassiert. Bürger und Unternehmen sind zu Recht verunsichert und verärgert. So kommt die Konjunktur nicht in Fahrt. Recht hat die Opposition, wenn sie diese Art von Politik auch im Stil heftig attackiert. Verständlich, wenn sie den Vorwurf des Wahlbetrugs erhebt.

Braunschweiger Zeitung

Konzeptlos

Dabei wäre jetzt die dringlichste Aufgabe der Regie-

NEUE NACHTRAGSKUR WIRTSCHAFTS

Gründungsjahr 1920

...nung, ein schlüssiges Konzept vorzulegen, um die Krise zu bewältigen. Es gebe keine konservative oder sozialdemokratische Wirtschaftspolitik, sondern nur eine gute oder schlechte, sagte vor mehreren Jahren der damalige niedersächsische Ministerpräsident Gerhard Schröder zum Ärger vieler Genossen. Die schlechte hat er übernommen. Eine gute Wirtschaftspolitik ist die rot-grüne Regierung noch schuldig.

Rhein-Zeitung

Haushaltsdefizit

Dass Eichel mit seinem Etat derart einbrechen konnte, verdankt er seinem Kanzler. Schröder war es, der von seinen Ministern verlangte, ihre Planungen mit sehr optimistischen Zahlen über das Wachstum der deutschen Wirtschaft zu unterlegen. Wie falsch das war, zeigt sich nicht nur bei Eichels Haushalt, sondern auch bei Riesters Rente. Und es ist schlecht für uns alle, dass die Regierung daraus nicht lernt. Täglich

gibt es Not-, Eil- und Korrekturpläne, deren Ziel die rasche Geldbeschaffung bei möglichst wenig Widerstand ist. Leider lässt sich dahinter kein Konzept für die Zukunft erkennen.

Westdeutsche Zeitung

UNTERSUCHUNGS- AUSSCHUSS

Grundsatzfragen der Demokratie

Angela Merkel zieht ungerührt alle Register. Aber wer will ihr das eigentlich verübeln? Am lautesten stöhnen über den Untersuchungsausschuss jene bei SPD und Grünen, die mehr denn je auf ein friedvolles Weihnachtsfest gehofft hatten. Diese Winterwunderlandtheorie kann man wohl vergessen. Die im Ausschuss anstehenden Themen berühren Grundsatzfragen der Demokratie. Will die Welt wirklich betrogen werden, wie es Zyniker seit der Antike predigen? Oder gibt es für Irreführungen, Bemäntelungen

und gezielte Lügen auch Grenzen? Wenn der Ausschuss dazu beiträgt, dass Unredlichkeit im Nachhinein weh tut, hat er, abseits aller Parteipolitik, seinen guten Sinn.

Hannoversche Allgemeine
Zeitung

NACHTRAGS- HAUSHALT

Drohung: Rot-grüne Epoche

Die rot-grüne Epoche, die führende Regierungspolitiker ja im Überschwang der knapp gewonnen Bundestagswahl ausgerufen hatten, kann im Nachhinein nur noch als Drohung verstanden werden. Wie einst glänzt die Koalition mit Beschlüssen, die nicht nur unpopulär sind, sondern zum Teil auch ökonomisch widersinnig. Mit Steuererhöhungen auf breiter Front lässt sich nun mal kein Land modernisieren, lassen sich kein Wachstum und neue Jobs schaffen.

Trierischer Volksfreund



CDU-Geschenkbund
10 mm x 25 m

Bestell-Nummer: **0306**
Preis je **1 Rolle**: **6,10 €**
inkl. MwSt.: 7,08 €

CDU-Geschenkpapierrolle
75 cm x 10 m

Preis je **1 Rolle**: **7,60 €**
inkl. MwSt.: 8,82

blau
Bestell-Nummer: **0302**

rot
Bestell-Nummer: **0303**

Siegelmarke „CDU“
ovale Silberfolie
34 x 25 mm

Bestell-Nummer: **0307**
Preis je **1 Rolle**: **3,80 €**
inkl. MwSt.: 4,41 €
Rolle à 100 Stück



Sektflaschentasche

Preis je **25 Stück**: **14,10 €**
inkl. MwSt.: 16,36 €

blau
Bestell-Nummer: **0304**

rot
Bestell-Nummer: **0305**



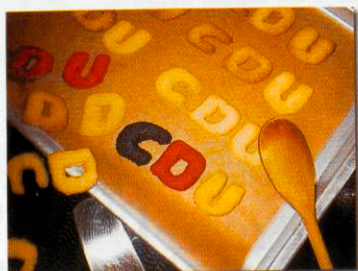


Weihnachtsliederbuch

Bestell-Nummer: 2867
 Preis je 25 Stück: 12,70 €
 inkl. MwSt.: 13,59 €

Weihnachts-CD

Bestell-Nummer: 9300
 Preis je 1 Stück: 3,60 €
 inkl. MwSt.: 4,18 €



Ausstechformen-Set für CDU-Gebäck

Bestell-Nummer: 9109
 Preis je 10 Sets: 8,70 €
 inkl. MwSt.: 10,09 €



Kerzenstumpen mit Aufdruck 100% Ökosteuerfrei

Bestell-Nummer: 9700
 Preis je 24 Stück: 24,50 €
 inkl. MwSt.: 28,40 €

Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.



Klappkarte „Steuererhöhungen ziehen wir nicht in Betracht“

Bestell-Nummer: **9985**
Preis je **100 Stück: 20,00 €**
inkl. MwSt.: **21,40 €**

Die Preise sind inkl. 7 % bzw. 16 % MwSt.
Die Versandkosten werden gemäß den Versandbedingungen berechnet.

Plakat „Steuererhöhungen ziehen wir nicht in Betracht“

DIN A1
Bestell-Nummer: **7987**
Preis je **50 Stück: 25,00 €**
inkl. MwSt.: **29,00 €**

DIN A0
Bestell-Nummer: **7988**
Preis je **50 Stück: 37,50 €**
inkl. MwSt.: **43,50 €**



Broschüre „Kabinett Schröder“

Bestell-Nummer: **5990**
Preis je **25 Stück: 9,50 €**
inkl. MwSt.: **10,17 €**

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
Bertelsmann-Versandzentrum
Postfach 1162,33759 Vermold
Telefax 05241-8041892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de